

Versteigerer warnen vor Bargeld-Obergrenze



Foto: weyo / 123RF Lizenzfreie Bilder

Die von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) geplante Bezahlungsgrenze für Bargeld hat nach Einschätzung von Experten fatale Folgen für öffentliche Versteigerungen.

In einer dem Magazin Focus vorliegenden Stellungnahme zu den Gesetzesplänen warnt der Bundesverband öffentlich bestellter, vereidigter und besonders qualifizierter Versteigerer (BVV) Bundesregierung und Bundestag vor der Einführung einer Obergrenze von 5.000 Euro für Barzahlungen.

Das Argument der Experten, die auch Maschinen, Autos, Boote und Inneneinrichtungen versteigern: Ein Barzahlungsverbot schrecke ausländische Interessenten ab und wirke sich damit negativ auf die erzielbaren Preise aus. Bislang würden Zuschläge "häufig bei Beträgen über 5.000 Euro erteilt". Kriminelle Motive oder ein Bezug zum Terrorismus "lassen sich bei Käufern von Pfandware schwerlich belegen". Außerdem führten die Pläne auch zu erheblichen Steuerausfällen.

Autor: Focus Vorab